eINFO21
Das Kundenmagazin der ekom21 – 2|2020

Deutschlandweite Beachtung für civento
Bundesinnenminister lobt digitalen ALG II-Antrag

IT-Sicherheit: Nie auf dem Erreichten ausruhen
Interview mit Innenminister Peter Beuth

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das Corona-Virus hat die Welt noch immer im Griff. Das Wechselspiel zwischen sinkenden und steigenden Infiziertenzahlen, Erleichterung und neuer Besorgnis, Lockerungen und Beschränkungen bestimmt mittlerweile das Leben auf der Erde.

Im täglichen Umgang ist es inzwischen „normal“, Abstand zu halten und Maske zu tragen – und auch die Arbeitswelt hat sich verändert. Wo möglich, arbeitet man im Homeoffice, Präsenztermine finden nur eingeschränkt und unter Hygienevorkehrungen statt und ansonsten nutzt man Video- und Telefonkonferenzen.

Wir haben uns – ebenso wie Sie – auf die neue Situation eingestellt – Sie erreichen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie gewohnt telefonisch oder per Mail und notwendige Maßnahmen bei Ihnen vor Ort werden ebenfalls durchgeführt. Das Seminarangebot ist noch eingeschränkt, steht Ihnen aber zur Verfügung. Sie nutzen, um persönliche Vorsprachen von Bürgern zu verringern, verstärkt unsere elektronischen Prozesse und die Digitalisierungsplattform civento.

All diese Maßnahmen haben ein gemeinsames Ziel: Das funktionierende Gemeinwesen aufrechtzuerhalten – und das haben wir bisher zusammen gut geschafft. Lassen Sie uns so weitermachen!

Ihr
Bertram Huke

Ihr
Ulrich Künkel

Inhalt

Deutschlandweite Beachtung für civento
Von Stefan Thomas 4

IT-Sicherheit: Nie auf dem Erreichten ausruhen
Interwiew mit Innenminister Peter Beuth 6

Taunusstein setzt auf sicheren IT-Betrieb
Von Stefan Thomas 9

Digitalisierung als gemeinsames Ziel
Von Lisa Laibach 12

Positiver Revisionsbericht für „civento“
Von Stefan Thomas 14

Wir begrüßen neue Mitglieder
Von Stefan Thomas 16

KGRZ im Wandel der Zeit
Von Stefan Thomas 19

Impulsgeber für Hessen
Von Stefan Thomas 25

ekom21 hält BSI-Zertifizierung aufrecht
Von Sabine Fleischer 28

Mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz
Von Stefan Thomas 32

Bürgermeister im Dialog
Interwiew mit Frank Börner 34

Online ins Stadthaus
Von Florian Held 38

Mobiler BaumManager
Von Michael Schober 40

Deutschlandweite Beachtung für civento

Bundesinnenminister lobt digitalen ALG II-Antrag

Von Stefan Thomas

Das Beantragen von Arbeitslosengeld II (ALG II) ist nun auch online möglich. Als technische Grundlage dient die Digitalisierungsplattform „civento“ der ekom21. Der digitale Service wurde dementsprechend vom größten kommunalen IT-Dienstleister in Hessen entwickelt und wird bis 2022 gepflegt.

Arbeitsteilung

Im Rahmen des Online-Zugangsgesetzes wurde zwischen Bund und Ländern eine nutzerorientierte und arbeitsteilige Umsetzung der einzelnen Themenbereiche vereinbart. Die Komplexe „Arbeitslosengeld II“ sowie „Arbeit“ und „Ruhestand“ wurden in die Federführung des Landes Nordrhein-Westfalen überwiesen, wobei das Land Hessen als Co-Federführer benannt wurde. In enger Abstimmung mit allen beteiligten Stellen ist der Online-Antrag dann von der ekom21 entwickelt worden.

Ab sofort können also Bürgerinnen und Bürger bei den kommunalen Jobcentern das Arbeitslosengeld II auch digital beantragen. Der ekom21-Service steht zunächst in Hessen und Niedersachsen zur Verfügung – und zwar in den Kreisen Groß-Gerau, Offenbach, Osnabrück, Schaumburg, Verden sowie in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Nach einwöchiger Pilotphase steht allen 104 kommunalen Jobcentern in Deutschland dieser digitale Antrag zur Verfügung und wird für mehr Effizienz sorgen.

Die ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke und Ulrich Künkel zeigten sich zufrieden: „Wir freuen uns, sowohl die kommunalen Jobcenter als auch Millionen von Antragstellenden mit diesem neuartigen Online-Dienst entlasten zu können. civento bietet, neben zahlreichen digitalisierten OZG-Prozessen in Hessen, nun auch erstmals bundesweit die Grundlage für mehr Verwaltungseffizienz“.

Lob vom Bundesinnenminister

Unmittelbar nach der Produktivsetzung gab es viel Lob – auch von Bundesinnenminister Horst Seehofer: „Es ist ein großer Schritt nach vorn, dass das Arbeitslosengeld II künftig digital beantragt werden kann. Damit werden nicht nur Millionen von Antragsstellerinnen und Antragstellern, sondern auch die Jobcenter in den Kommunen entlastet. Mir ist wichtig, dass wir die

Verwaltungsdigitalisierung weiter beschleunigen – und das gilt erst recht während der Corona-Pandemie. Ich bin sehr zufrieden, dass wir in guter Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen so schnell vorangekommen sind".

Zum civento-Prozess äußerten sich auch Kai Klose, Hessischer Minister für Soziales und Integration, sowie Staatssekretär Patrick Burghardt, Chief Information Officer (CIO) des Landes Hessen: „Die Bedeutung der Digitalisierung, gerade auch für die Verwaltung, kann in der aktuellen Zeit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Land Hessen hat sich daher im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und seiner Digitalisierungsstrategie intensiv bei der Umsetzung des Arbeitslosengeld II-Antrags für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der KJC eingebracht und frühzeitig die Federführung zur Entwicklung des ALG II-Online-Antrages übernommen. Hiermit werden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die kommunalen Jobcenter bei der schnellen und effizienten Bearbeitung der Anträge unterstützt. Unser Dank gilt allen Projektbeteiligten für ihr großes Engagement. Wir freuen uns, dass die hessische Lösung künftig auch bundesweit zum Einsatz kommen kann".

Rationale, digitale Lösung

Aktuell beziehen rund 2,9 Millionen Haushalte in Deutschland das ALG II. Aufgrund der COVID-19-Pandemie rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg bis zum dritten Quartal 2020 auf mehr als vier Millionen Haushalte.

Die kommunalen Jobcenter erwartet also ein enormer Andrang. Grund genug für die ekom21, das bisherige Antragsverfahren – ein sechsseitiges Papierformular mit zahlreichen auszufüllen-

den Anlagen – ausführlich zu analysieren und eine rationale, digitale Lösung voranzutreiben.

Der jetzige civento-Antrag zeichnet sich durch hohe Nutzerfreundlichkeit aus. Mehr noch: Er ist nicht nur übersichtlich aufgebaut, sondern führt den Antragssteller mittels gezielter „Frage-Antwort-Technik" bequem durch die einzugebenden Felder. Hilfetexte vermitteln jederzeit leicht verständlich, was an diesem Punkt genau verlangt wird und welche Rechtsvorschriften gelten. Benötigte Nachweise können direkt während des Ausfüllens hochgeladen werden – egal, ob per PC oder Smartphone.

Nachdem der Antragssteller alle Fragen online und medienbruchfrei beantwortet hat, werden die Daten digital und sicher an das zuständige kommunale Jobcenter übermittelt. Auch dort reduziert sich der weitere Bearbeitungsaufwand wesentlich, denn die Digitalisierungsplattform civento hat bereits im Vorfeld alle notwendigen Daten abgefragt und Plausibilitätsprüfungen unterworfen. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter haben zukünftig wieder mehr Zeit für das Wesentliche – die Beratung.

IT-Sicherheit: Nie auf dem Erreichten ausruhen

Interview mit Peter Beuth, Hessischer Minister des Innern und für Sport

Internetkriminalität ist auf dem Vormarsch - laut hessischer Kriminalstatistik gab es 2019 mehr als 35.000 registrierte Fälle. Wie gefährlich Computer-Schadprogramme und -Viren sind, zeigen die Beispiele der letzten Monate. Viele öffentliche Einrichtungen in Deutschland sind Ziel von Cyberattacken geworden; in Hessen waren die Universität Gießen sowie die Städte Frankfurt am Main, Bad Homburg und Alsfeld betroffen. Wir sprachen mit Staatsminister Peter Beuth über die Cybersicherheit in Hessen.

Herr Beuth, wie schätzen Sie die Gefährdungslage in Hessen aktuell ein?

Die Gefährdungslage ist hoch und Angriffe haben in den letzten Jahren ein neues Qualitätsniveau erreicht. In der letzten Zeit hat uns die Internetkriminalität im Kontext der Corona-Pandemie besonders beschäftigt. Von den Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen wussten unsere Sicherheitsbehörden, dass sich kriminelle Trittbrettfahrer die Internetseiten zu den Anträgen auf Corona-Soforthilfe zunutze machen. Sie locken die Bürgerinnen und Bürger mit E-Mails auf gefälschte Internetseiten und hoffen, dass sie dort ihre Daten, vor allem Bankdaten, preisgeben. Die hessische Polizei hat dies genau beobachtet und konnte im Zusammenspiel mit unserem Hessen CyberCompetenceCenter und Domainprovidern mögliche Angriffe auf hessische Antragsteller frühzeitig unterbinden. Das Hessen CyberCompetenceCenter wurde im April 2019 in meinem Haus eröffnet. Dieses zentrale

Element der hessischen Cyber-Sicherheitsarchitektur bietet eine bundesweit einmalige Plattform und einen Rahmen für eine strukturierte und behördenübergreifende Zusammenarbeit.

Die Landesverwaltung und die Kommunen sind generell nicht vor Angriffen auf ihre IT-Infrastruktur gefeit, was sich bei der Universität Gießen, der Stadt Frankfurt am Main und bei etlichen anderen Kommunen gezeigt hat. Gerade die Kommunen machen ihren Bürgern und Unternehmen immer mehr digitale Angebote. Das sorgt für eine wachsende Angriffsfläche. Die Landesverwaltung und die Kommunen sind jedoch auf einem guten Weg, den Bedrohungen mit immer vielschichtigeren Sicherheitsmaßnahmen zu begegnen.

Warum ist gerade die Schadsoftware „Emotet“ so gefährlich?

„Emotet“ ist eine Schadsoftware, die seit fünf Jahren großen Schaden anrichtet. Die Gefährlichkeit der Software ist, dass sie sich wie ein biologisches Virus ständig anpasst und weiterentwickelt, um den Erkennungsmechanismen von Sicherheitslösungen zu entgehen. Im Jahr 2019 wurde Emotet von einer mäßig gefährlichen Schadsoftware zu einer hochgefährlichen Bedrohung, weil die Angreifer die Inhalte des E-Mail-Postfachs des Opfers geschickt nutzten und als Angriffsmethode E-Mails als Antwort auf echte Kommunikation mit vertrauten Partnern tarnten.

Für Kriminelle ist diese Schadsoftware besonders attraktiv, da sie ein ganzes Arsenal an Werkzeugen bereithält, um in fremde und gesicherte Netzwerke einzudringen. Dies ermöglicht unter anderem das Einschleusen anderer Schadsoftware. Somit ergeben sich mit einem für die Angreifer relativ geringem Aufwand ständig neue Angriffsmöglichkeiten. Aktuelle Schadprogramme kopieren die erfolgreichen Tricks von Emotet. Aber es gibt auch eine gute Nachricht: Wenn alle Internetnutzer das kleine Einmaleins der Informationssicherheit beherzigen, dann wird es für Kriminelle sehr schwer, in Systeme einzudringen. Deshalb gilt: Software stets aktuell halten, Passwörter immer nur für einen Dienst verwenden und „erst denken, dann klicken“.

Das vom Land Hessen und der ekom21 gemeinsam betriebene „Kommunale Dienstleistungszentrum Cybersicherheit“ (KDLZ-CS) existiert seit 2016. Was hat sich in dieser Zeit getan?

Bis Anfang April haben mehr als 330 Kommunen Interesse an der Unterstützungsleistung des KDLZ-CS gezeigt und es wurden fast eintausend Beratungstermine vor Ort in den Kommunen durchgeführt. Daraus resultierten mehr als 280 Informationssicherheitsberichte mit konkreten Handlungsvorschlägen zur Verbesserung der

Informationssicherheit in den jeweiligen Kommunen.

Das Projekt KDLZ-CS läuft aus. Was passiert jetzt?

Einerseits ist das KDLZ-CS ein wichtiger Beitrag des Landes zur Verbesserung der kommunalen Cybersicherheit und andererseits darf man sich gerade bei Sicherheitsfragen nie auf dem Erreichten ausruhen: Wir wollen das Förderprogramm fortsetzen. Im Herbst wird mit Fördermitteln des Landes Hessen die dritte Projektstufe gestartet, um die Kommunen weiter zu unterstützen. Hierfür stellen wir bis Ende 2021 fast drei Millionen Euro zur Verfügung.

Was genau wird die dritte Projektstufe KDLZ-CS beinhalten?

Neben den bewährten Elementen der bisherigen Förderstufen gibt es E-Learning-Angebote zum Thema Informationssicherheit und Datenschutz für die Beschäftigten der teilnehmenden Kommunen. Darüber hinaus werden Vorträge zu Grundlagen für politische Entscheider in Gremien, Workshops zu Grundlagen der Risikoanalyse nach BSI-Standard sowie Veranstaltungen für Informationssicherheitsbeauftragte angeboten. Kurz gesagt, wir wollen die Kommunen genau dort abholen, wo sie im Informationssicherheitsprozess stehen und sie jeweils beim nächsten Schritt unterstützen.

Welche Maßnahmen hat das Land Hessen sonst noch aufgesetzt, um die Cybersicherheit zu gewährleisten?

Im Hessen CyberCompetenceCenter führen wir die Fachleute aus den Bereichen der Informationssicherheit, der Cybercrime-Bekämpfung und des digitalen Wirtschaftsschutzes zusammen. Diese Zusammenarbeit erlaubt es, die hessischen Kommunen noch aktueller und zielgerichteter zu beraten und zu unterstützen. Derzeit bereitet das Hessische Ministerium des Innern und für Sport ein neues IT-Sicherheitsgesetz vor. Hiermit wollen wir insbesondere die rechtlichen Grundlagen zur verbesserten Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen auf die Netze der öffentlichen Stellen in Hessen schaffen. Darüber hinaus haben wir einen Informationssicherheitsbeauftragten für die hessische Landesverwaltung bestellt. Er entwickelt beispielsweise Empfehlungen in Fragen der Informationssicherheit und leitet das IT-Krisenmanagement der Landesverwaltung.

Cybersicherheit in einer vernetzten Welt bedeutet, dass wir – Land und Kommunen – auch in der Abwehr von Gefahren eng zusammenarbeiten müssen. Diese Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen und ausbauen.

Herr Beuth, vielen Dank für das Interview.

Taunusstein setzt auf sicheren IT-Betrieb

Stadt nutzt Rechenzentrum der ekom21

Von Stefan Thomas

Die Stadt Taunusstein (Rheingau-Taunus-Kreis, rund 30.000 Einwohner) verlagert den Betrieb ihrer umfangreichen IT-Infrastruktur mit derzeit 21 Servern, 220 Workstations und weiteren Peripheriegeräten auf die ekom21. Mit dem größten kommunalen IT-Dienstleister in Hessen wurde am 25. Juni 2020 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen.

Sicherheit im Vordergrund

„Wir verlagern unseren Fokus weg von der Technik und hin zu mehr Management und Service. Mit einem professionellen IT-Dienstleister wie der ekom21 im Hintergrund kann sich unsere IT stärker um Themen, wie Digitalisierung, Verbesserung der Servicequalität und Prozessoptimierung kümmern. So schaffen wir intern mehr Freiräume für strategische Zukunftsthemen. Extern hilft uns das, um uns stärker auf die Bedürfnisse der Bürger zu konzentrieren“, so Sandro Zehner, Bürgermeister der Stadt Taunusstein.

ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke sieht die künftige Zusammenarbeit ebenfalls positiv: „Wir freuen uns, die Stadt Taunusstein zukünftig beim Betrieb ihrer IT-Infrastruktur unterstützen zu dürfen. Als speziell abgesichertes Rechenzentrum für kommunale Kunden sind wir durchweg auf deren Anforderungen eingerichtet und sorgen auch mit Neuentwicklungen für mehr Verwaltungsmodernisierung – und das schon seit 50 Jahren“.

Umfangreiche Anforderungen

Ein Projektteam, das aus Vertretern beider Häuser zusammengesetzt war, analysierte zunächst die Anforderungen und technologischen Gegebenheiten, legte Termine sowie Meilensteine fest und definierte Standards für den „Umzug“. Anschließend wurden Kapazitätsberechnungen angestellt und der Netzwerkzugriff abgeschlossen. Ein Hauptaugenmerk lag dabei immer auf dem Datenschutz und der IT-Sicherheit. Klarer Vorteil für den Betrieb bei der ekom21: Das hauseigene und speziell abgesicherte Rechenzentrum ist bereits seit 2009 ununterbrochen vom „Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik“ zertifiziert. Regelmäßige Überprüfungen stellen sicher, dass die hohen Vorgaben beständig eigehalten werden.

Insgesamt wird die ekom21 bis zum Ende dieses Jahres die Systemverwaltung, Gewährleistung der Betriebsbereitschaft, Störungsbehebung,

Stadt Taunusstein und ekom21: Vor dem Rathaus im Corona-Abstand - doch im Projekt deutliche Nähe

Konfiguration, Implementierung, Einrichtung von Änderungen und Erweiterungen sowie die Pflege und Wartung der Taunussteiner Server-Landschaft übernehmen.

Gute Gründe

Die Auslagerung von Servern, Programmen und Daten kommt nicht von ungefähr: Seit Jahren ist die Informationstechnologie erhöhten Sicherheitsrisiken, verstärkter Cyberkriminalität in Form von Hackerangriffen und damit einhergehenden drastischeren Vorkehrungen zum Schutz der Daten ausgesetzt.

Hinzu kommt die stark fluktuierende technologische Entwicklung, die eine ständige Anpassung von Hard- und Software erforderlich macht.

Auch der derzeitige Fachkräftemangel spielt eine Rolle: Um den ständig wachsenden Anforderungen an eine komplexe und sichere Informationstechnik nachkommen zu können, benötigt es schon Spezialisten mit hohem Fachwissen.

Über solche Expertenteams verfügt die ekom21 und setzt diese sogar im Schichtbetrieb ein, um die Systembereitschaft ihrer Kunden möglichst

Bei der Vertragsunterzeichnung: (vorne v.l.n.r.): Sandro Zehner (Bürgermeister der Stadt Taunusstein) und ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke. Hintere Reihe (v.l.n.r.): Stephan Reimann (Projektleiter der Stadt Taunusstein) und Dipl.-Ing. Peter De Schrijver (Projektleiter der ekom21)

an sieben Tagen in der Woche, über 24 Stunden und das an 365 Tagen im Jahr gewährleisten zu können.

Mit ständigen Weiterbildungsmaßnahmen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie speziellen Zertifizierungen, zum Beispiel im ISO-Bereich für Sicherheitsstandards und Qualitätsmanagement, sorgt der IT-Dienstleister für die stetige Qualifizierung.

Bürgernutzen

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Taunusstein erfahren mit dem Outsourcing einen mittelbaren Nutzen dadurch, dass die städtische IT leistungsfähig und effizient bleibt. Ein Großteil der Services der Kommune ist auf die Nutzung von IT angewiesen und somit ein wichtiger Faktor für Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Servicequalität der Stadt.

Zudem kann sich Taunusstein auf den Ausbau von Online-Diensten konzentrieren und ihren Bürgerinnen und Bürgern ein wachsendes Angebot an digitalen Services bieten.

Die Stadt hat, auch im Hinblick auf das Online-Zugangsgesetz (OZG), hierfür ein umfassendes Digitalisierungskonzept erarbeitet und damit die Weichen für die nächsten Jahre gestellt. Der Fokus liegt dabei auf dem Einsatz der Software „civento“, die eine umfassende Digitalisierung – von der Antragstellung über die Bearbeitung durch die Verwaltung, den Bescheid und die Archivierung – ermöglicht.

Digitalisierung als gemeinsames Ziel

Stadt und Landkreis Fulda unterzeichnen Kooperation mit ekom21

Von Lisa Laibach, Landkreis Fulda

Die Stadt und der Landkreis Fulda haben einen gemeinsamen Kooperationsvertrag mit der ekom21 unterzeichnet. Ab September wird die ekom21 Arbeitsplätze im Behördenhaus am Schlossgarten nutzen und somit eine Außenstelle in Fulda errichten.

Arbeiten 4.0

„Wir freuen uns sehr, nun auch in Fulda einen Campus in Betrieb nehmen zu können. Der Campus bildet für uns und unsere Kunden eine Art Workspace-Area, die Arbeiten 4.0, Kreativität, Kommunikation und Kooperation miteinander vereint“, erklärt Bertram Huke, Geschäftsführer der ekom21.

Mit Bezug der Arbeitsplätze errichtet die ekom21 in Fulda eine Außenstelle, in der insbesondere der Umgang mit digitalen Lösungen durch die Endanwender getestet und geschult werden sollen. Die ekom21 ist der kommunale IT-Dienstleister in Hessen und beliefert das Land und die Kommunen in Hessen mit umfassenden IT-Dienstleistungen. Gerade in Bezug auf die Verwaltungsdigitalisierung steht die ekom21 als Partner den Kommunen zur Seite.

Direkte Wege

„Hier können sich die ekom21-Anwender der osthessischen Region mit unseren Entwicklerinnen und Entwicklern treffen, um Fragen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der Digitalisierung zu klären. So sind direkte Wege und kurze Problemlösungen selbst bei komplexen Sachverhalten förderlich. Gerade beim OZG, dessen Umsetzung bis Ende 2022 vorgeschrieben ist, hilft der persönliche Austausch mit unseren Experten den Kommunalverwaltungen enorm“, erläutert Huke.

Ab September wird die ekom21 für ihre Arbeit sieben Arbeitsplätze im Behördenhaus am Schlossgarten nutzen, ab Januar 2021 kommen vier weitere hinzu. Eigentümer des Behördenhauses am Schlossgarten sind die Stadt und der Landkreis Fulda. Neben dem neuen Standort in Fulda hat die ekom21 Einrichtungen in Darmstadt, Gießen und Kassel.

Durch den Kooperationsverstrag und die damit verbundene Nutzung der insgesamt elf Arbeitsplätze soll eine direkte Betreuung der Kunden im Gebiet des Landkreises geschaffen werden. Dafür soll in der Außenstelle Fulda ein Digitalisierungsteam der ekom21 eingesetzt werden.

„Der ekom21-Standort in Fulda ist für die Region und vor allem die Kommunen aus dem Landkreis Fulda in Bezug auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz von großer Bedeutung“, betonen Landrat Bernd Woide und Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld. „Dezentrale Standorte sind in der Durchführung der Digitalisierung entscheidend“.

Landrat Bernd Woide, ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke und Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld (v.l.n.r.); Foto: © Lisa Laibach, Landkreis Fulda

Positiver Revisionsbericht für „civento“

Freigabe nach den Vorschriften der Gemeindekassenverordnung

Von Stefan Thomas

Am 21. August 2020 war das Revisionsamt der Stadt Frankfurt am Main zu Besuch bei der ekom21. Grund war die Besprechung des Revisionsbericht 23/2020, der als Prüfungsgegenstand die Digitalisierungsplattform „civento“ hatte. Die Prüfung erfolgte im Rahmen der dem Revisionsamt übertragenen Aufgaben und der Revisionsordnung sowie einer Vereinbarung des Amtes mit der ekom21 – KGRZ Hessen.

Umfangreiche Prüfung

Bertram Huke, Geschäftsführer der ekom21, begrüßte Amtsleiter Hans-Dieter Wieden sowie Ulrich Zimmermann und Tim Fritsch im Campus der Geschäftsstelle Darmstadt. Dort wurde dann intensiv über den Revisionsbericht gesprochen.

Leicht haben es sich die Revisoren der Stadt Frankfurt am Main auf jeden Fall nicht gemacht: Auf rund dreißig Seiten wurden sowohl die Rechenzentrumsinfrastruktur als auch die Digitalisierungsplattform an sich genauestens unter die Lupe genommen. Beim ASP-Betrieb (Application Service Providing) sind unter anderem auch Zugangskontrollen, Alarmanlagen, Gebäudesicherheit, Stromanbindung und Datensicherung untersucht worden.

Nicht weniger aufwendig gestaltete sich die Prüfung von civento. Hierbei wurden beispielsweise Softwareerstellung, Verfahrensmodule, Protokollierung, Verfahrensaufbau, Standardkonfiguration, Change-Management, Standard-Schnittstellen und Dokumentation sowie Dienstanweisungen „abgeklopft“.

Positives Fazit

Der vorgelegte und eingehend besprochene Revisionsbericht bestätigt, „... dass die Version 3 des IT-Verfahrens civento bei sachgerechter Anwendung die Voraussetzungen für eine den Ordnungsmäßigkeitskriterien entsprechende richtige Verarbeitung erfüllt. Die notwendige Freigabeerklärung gemäß § 5 Abs. 5 GemKVO kann von der

Ulrich Zimmermann, Tim Fritsch und Hans-Dieter Wieden vom Frankfurter Revisionsamt sowie Bertram Huke, Sven Herbert und Bastian Schäfer von der ekom21 (v.r.n.l.)

jeweils örtlich zuständigen Stelle nach eigenständiger Bewertung abgegeben werden".

Von dem Urteil des Frankfurter Revisionsamtes können auch andere Kommunen profitieren, denn jede Verwaltung hat grundsätzlich eine Verfahrensprüfung durchzuführen, wie es im Bericht heißt: „... Das jeweilige örtlich zuständige Rechnungsprüfungsamt muss für sich bewerten, ob nach dem hier vorliegenden Bericht über die Verfahrensprüfung eine eigene ergänzende Prüfung erforderlich ist". Andere Kommunen können aber auf eine eigene Prüfung verzichten und stattdessen auf den Frankfurter Revisionsbericht zurückgreifen.

ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke gab sich nach der Besprechung erfreut: „Das Ergebnis zeigt uns, dass wir mit unserer Digitalisierungsstrategie auf dem richtigen Weg sind. Die grundlegenden Aussagen und Empfehlungen im Revisionsbericht sind für uns Ansporn, civento noch weiter zu verbessern und auszubauen. Wir danken der Stadt Frankfurt am Main, die gleichzeitig einer unserer größten Kunden ist, für diesen umfassenden und objektiven Bericht".

Wir begrüßen neue Mitglieder

Heute: Main-Taunus-Kreis und Hofheim am Taunus

Von Stefan Thomas

Gleich zwei Neumitglieder stellen wir Ihnen in unserer heutigen Ausgabe vor: Den Main-Taunus-Kreis und Hofheim am Taunus, die Kreisstadt des Main-Taunus-Kreises.

Digitalisierung vorantreiben

Bei der Überreichung der Mitgliedsurkunde tauschten sich Landrat Michael Cyriax und ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke über die zukünftige Zusammenarbeit in einem Informationsgespräch aus. So möchte der Landkreis von der Digitalisierungsstrategie und den dazugehörigen Dienstleistungen der ekom21 profitieren: „Wir arbeiten schon in einigen Projekten mit der ekom21 erfolgreich zusammen und sind von der umfangreichen Lösungs- und Dienstleistungspalette überzeugt. Die Zusammenarbeit möchten wir im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung noch intensivieren und insofern war unsere Mitgliedschaft bei dieser Körperschaft des öffentlichen Rechts naheliegend“, erklärte Cyriax.

„Kommunalverwaltungen stehen heutzutage unter einem enormen Druck: Einerseits sollen sie bürgernah und individuell auf die Bedürfnisse ihrer Einwohner und Unternehmen eingehen – andererseits sollen sie ihre Services effizient und kostengünstig anbieten. Dies ist nur mit einer ausgereiften Informationstechnologie zu bewältigen. Wir freuen uns, nun auch den Main-Taunus-Kreis bei seiner Arbeit unterstützen zu dürfen“, so Bertram Huke.

Landrat Michael Cyriax und ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke (v.l.n.r.), Foto: © Main-Taunus-Kreis

Der flächenmäßig kleinste, aber am zweitdichtesten besiedelte Landkreis Deutschlands beheimatet eine Vielzahl großer und renommierter Wirtschaftsunternehmen. „Als moderner Landkreis ist es für uns wichtig, technologisch auf aktuellem Stand zu bleiben und unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie Betrieben einen leistungsstarken, fortschrittlichen Service zu bieten“, bekräftigte Cyriax.

Main-Taunus-Kreis

Seine Wirtschaftskraft, die Nähe zu Frankfurt und zu den kulturellen Zentren des Ballungsraums einerseits, die gute Luft der Taunuswälder, die grünen Ufer des Mains und der exquisite Wein des Rheingaus andererseits machen den Charme des Kreises aus. Die Bürger schätzen seine hohe Lebensqualität, den Freizeitwert und die vielfältige Schullandschaft. Der Kreis liegt zwischen den Großstädten Frankfurt, Wiesbaden und Mainz. 1928 wurde der MTK aus Teilen verschiedener Kreise zusammengefügt. Die Kreisstadt wechselte 1980 von Frankfurt-Höchst nach Hofheim, wo die Kreisverwaltung 1987 auf dem Hochfeld in ein neues Landratsamt zog. Heute leben auf den 222,4 Quadratkilometern des Kreises rund 237.000 Menschen.

OZG und Cybersicherheit im Fokus

Auch der Kreisstadt Hofheim am Taunus überreichte Bertram Huke die Mitgliedsurkunde persönlich – und zwar an Hofheims Bürgermeister Christian Vogt. Im Anschluss an die Übergabe besprachen Vogt und Huke mögliche Schwerpunkte der weiteren Zusammenarbeit.

Wie die meisten Kommunalverwaltungen beschäftigt auch Hofheim die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), der effiziente und kostensenkende Einsatz von Informationstechnologie (IT) sowie die Abwehr steigender Cyberangriffe. „Auf all diesen Gebieten ist die ekom21 als IT-Dienstleister sehr weit und hat in Hessen sowie anderen Bundesländern namhafte Projekte verwirklicht. Insofern möchten wir als Mitglied dieses starken Verbundes von diesen und weiteren Entwicklungen profitieren. Datensicherheit, Effizienz und die Benutzerfreundlichkeit von Online-Services für unsere Bürgerinnen und Bürger stehen dabei im Vordergrund“, so Bürgermeister Vogt.

„Der Stadt Hofheim stehen sämtliche Produkte und Dienstleistungen unseres umfangreichen Portfolios zur Verfügung. Wir halten über 50 Softwarelösungen auf aktuellem Stand und gelten als einer der technologischen Vorreiter für Verwaltungsmodernisierung. Als Partner des Landes Hessen realisieren wir außerdem die OZG-Umsetzung der Kommunen“, beschreibt Huke das Leistungsspektrum der ekom21.

Der Geschäftsführer und Bürgermeister Vogt sind sich einig: Die künftige Zusammenarbeit wird auch hier die Digitalisierung vorantreiben und Bürgerfreundlichkeit sowie Verwaltungsnutzen fördern.

Hofheim am Taunus

Die Kreisstadt mit 40.000 Einwohnern liegt idyllisch am Taunushang zwischen Frankfurt und Wiesbaden. Eine grüne Insel zum Leben, Wohnen und Arbeiten in der Mitte des Rhein-Main-Gebietes. Die Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz ist durch Anschluss an die Autobahn A 66 und S-Bahn-Haltepunkte sehr günstig.

ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke und Bürgermeister Christian Vogt mit Mitgliedsurkunde und Glasfaserkabel (v.l.n.r.), Foto: © Stadt Hofheim am Taunus

Hofheim ist zugleich eine Stadt im Grünen: Der Wald hat einen Anteil von fast 40 Prozent an der Stadtfläche – die Erholung beginnt also direkt vor der Haustür. Der große Stadtwald mit anschließendem Staatsforst gehört zum Naturpark Hochtaunus. Die weiten Wälder und eine Höhe von 120 bis 410 Meter über dem Meeresspiegel sorgen für ein günstiges Klima.

Facettenreich ist das kulturelle Leben: Theater, Kleinkunst und Konzerte in der Stadthalle, lebendige Geschichte und attraktive Ausstellungen im Stadtmuseum, ein vielfältiges Medien-Angebot in der Stadtbücherei, umfangreiche Bestände im Stadtarchiv – und nicht zuletzt engagierte Kunst- und Kulturvereine. Die Stadt verfügt außerdem über ein breites Bildungsangebot mit vielen Schulformen in öffentlicher und privater Trägerschaft. Mehr als 260 Vereine, Gruppen und Verbände mit den verschiedensten Zielen gibt es in Hofheim und seinen Stadtteilen.

50 Jahre kommunale Datenverarbeitung in Hessen

KGRZ im Wandel der Zeit

Chronologie der ekom21, Teil I

Von Stefan Thomas

50 Jahre werden die hessischen Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) dieses Jahr alt, auch wenn es sie in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr gibt. Aber die ekom21, als Rechtnachfolgerin und zuletzt durch den Zusammenschluss der kommunalen Informationsverarbeitung in Hessen (KIV) und des KGRZ Kassel geformt, trägt bis heute den Zusatz „KGRZ“ in ihrem Namen.

Geschichte(n)

50 Jahre ekom21 bedeuten fünf Jahrzehnte hessische Informationstechnologie bzw. Digitalisierung der Städte, Gemeinden, Landkreise und anderer Körperschaften. Diese Zeitspanne bedeutet aber auch 50 Jahre rasanter technologischer Entwicklung sowie gesellschaftlicher, politischer und geschichtlicher Begebenheiten.

Wir haben in unserer kurzen Chronologie die wichtigsten Ereignisse der ekom21 und der Weltgeschichte zusammengetragen – vielleicht erinnern Sie sich noch.

Im ersten Teil schauen wir auf die Jahre 1970 bis 1996 zurück. Teil 2 (nächste Ausgabe) behandelt die Jahre 1997 bis 2020.

1970

Die fünf hessischen Kommunalen Gebietsrechenzentren werden gegründet und sorgen dafür, dass die automatisierte Datenverarbeitung auch in den kleinsten Kommunen Einzug hält.
Das Hessische Datenschutzgesetz tritt in Kraft und ist damit weltweit das erste seiner Art.
The Beatles, die erfolgreichste Band der Musikgeschichte, trennen sich.

1971

Durch erhöhten Personalbedarf reichen die teils angemieteten Räumlichkeiten der KGRZ nicht mehr aus – Planung und Bau neuer, eigener Betriebsgebäude beginnen.
Im ARPANET (Vorgänger des Internets) wird die erste E-Mail versendet – gleichzeitig wird damit auch das @-Zeichen fester Bestandteil elektronischer Nachrichten.

1972

Die Ära der Datenfernverarbeitung startet in Hessen; erste Steuereinheiten werden von den KGRZ beschafft und mit Kommunalverwaltungen erprobt.
In München finden die XX. Olympischen Sommerspiele statt. Ein Anschlag palästinensischer Terroristen auf die israelische Olympiamannschaft überschattet die Sportveranstaltung.

1973

Durch verstärkten Kundenzuspruch erreichen die Systeme der KGRZ ihre Belastbarkeits-grenze. Sukzessive werden neue Rechner, wie IBM 370-158 mit Magnetbändern, angeschafft.
Mit der Entwicklung von TCP/IP (Transmission Control Protocol/Internet Protocol) schaffen die Wissenschaftler Vint Cerf und Robert Kahn die Voraussetzung des modernen Internets.

1974

Das Prinzip der Federführung in der Softwareentwicklung funktioniert. Jedes KGRZ entwickelt spezifische Verfahren und stellt diese den anderen Rechenzentren zur Verfügung.
Mit „Waterloo“ gewinnt die bislang unbekannte Popgruppe „ABBA“ den Grand Prix d‘Eurovision. In Deutschland sorgt die Ölkrise für Fahrverbote.

1975

Die Datenfernübertragung erreicht einen Höhepunkt. Der Austausch mit Krankenhäusern, Stadtkassen oder dem Kraftfahrt-Bundesamt sorgt für mehr Effizienz und Entlastung.
China gibt die Entdeckung des Grabes von Qin Shi Huang Di (259-210 vor Christus), erster Kaiser von China, mit einer Terrakottaarmee von 8.000 tönernen Kriegern bekannt.

1976

Das hessische Verfahren für Wahlen und Abstimmungen, kurz „HESWA“ genannt, wird anlässlich der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag erstmals von den KGRZ eingesetzt.
Die Eheleute Paul und Clara Jobs aus dem kalifornischen Los Altos überlassen ihrem Sohn Steve ihre Garage und beherbergen damit den ersten Firmensitz des späteren Weltkonzerns „Apple“.

1977

Mit Inkrafttreten der letzten Neugliederungsgesetze wird die Gebietsreform in Hessen abgeschlossen. In den KGRZ müssen zahlreiche Datensätze angepasst und neu zugewiesen werden.

Terroranschläge der „Revolutionären Zellen“ und der „Roten Armee Fraktion“ stürzen die Bundesrepublik in eine schwere Krise, die im „Deutschen Herbst“ gipfelt.

1978

Automatische Bandverwaltungssysteme werden angeschafft und erleichtern fortan die Arbeit mit den in den KGRZ jeweils eingesetzten rund 10.000 Magnetbändern.

Der DDR-Kosmonaut Sigmund Jähn fliegt als erster Deutscher in den Weltraum.

Der Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyła, wird als Johannes Paul II. zum Papst gewählt.

1979

Aufgrund gestiegener Mitgliederzahlen und der Einführung neuer Verfahren stoßen die KGRZ erneut an ihre Kapazitätsgrenze. Zusätzliche Systeme der IBM-Serie 370 schaffen Abhilfe.

Den deutschen Musikgeschmack prägen vor allem „Village People“ (Y.M.C.A.), „Blondie“ (Heart of Glass), „Supertramp“ (Breakfast in America) und „Dschinghis Khan“.

1980

Mit dem zehnjährigen Jubiläum der hessischen KGRZ feiert sich die kommunale IT-Familie selbst. Der Kurs ist stringent auf Expansion ausgelegt.

Wie heutzutage das Smartphone, ist der „Zauberwürfel“ des ungarischen Bildhauers, Architekten und Designers Ernő Rubik im deutschen Straßenbild allgegenwärtig.

1981

Der Personal-Computer (PC) gelangt zur Serienreife. Auch die KGRZ stellen erste Untersuchungen an, wie sich diese neue Technologie in Kommunalverwaltungen einsetzen lässt.

Nach wiederholten Unruhen und Streiks in Polen wird der Vorsitzende der Gewerkschaft „Solidarność“, Lech Wałęsa, unter Hausarrest gestellt und das Kriegsrecht im Land verhängt.

1982

Bessere Grundlagen: Im Hessischen Landtag wird das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der HZD und der Kommunalen Gebietsrechenzentren“ verabschiedet.

Der Commodore 64, ein Heimcomputer, kommt auf den Markt. Gleichzeitig wird im Internet-Vorläufer „ARPANET“ mit der Zeichenfolge :-) das erste Emoticon etabliert.

1983

Die Federführung bei der Entwicklung von Softwarelösungen wird ausgeweitet. Das KGRZ Gießen ist ab sofort für DV-Verfahren im Bereich des Gesundheitswesens verantwortlich.
Die technische Grundlage für die vierte Version des Internet-Protokolls, kurz IPv4 genannt, tritt in Kraft. Damit setzt sich auch der Name „Internet“ offiziell durch.

1984

Die KGRZ gehen bei der Gewinnung neuer Mitglieder in die Offensive: Es werden vermehrt Kundentage, kleine Hausmessen und Informationsveranstaltungen abgehalten.
Das Domain Name System (DNS) ermöglicht es, Rechner mit von Menschen merkbaren Namen anzusteuern. Vorher musste man IP-Adressen, wie 203.0.113.232, angeben.

1985

In den Rechenzentren werden erste Drucker mit der neuartigen Lasertechnologie eingesetzt. Die KGRZ können damit wesentlich schneller auf kundenspezifische Wünsche eingehen.
Michail Gorbatschow wird Generalsekretär des Zentralkomitees der Sowjetunion (KPdSU). Seine offene, liberale Politik führt mit Glasnost und Perestroika zum Ende des kalten Krieges.

1986

Mit dem Gesundheitswesen ist erstmals eine KGRZ-Anwendung unter dem Motto „Anwender beraten Anwender – DV-Unterstützung im Krankenhaus“ auf der Hannover-Messe vertreten.
Was mit der Simulation eines Stromausfalls im Atomkraftwerk Tschernobyl beginnt, endet in einer unkontrollierten Explosion des Reaktors.
Die Computerfachmesse „CeBIT“ geht an den Start.

1987

Die hessischen KGRZ setzen verstärkt auf das autonome PC-Verfahren „AutiSta“, um die Automatisierung in den Standesämtern voranzutreiben.

Die Annäherung zwischen Ost und West erreicht einen Höhepunkt – nicht zuletzt aufgrund der aufrichtigen Beziehung zwischen den Präsidenten Ronald Reagan und Michail Gorbatschow.

1988

Mehr Anwender – mehr Anfragen: In den KGRZ wird der „Benutzerservice“ als zentrale Anlaufstelle für sämtliche Kundenanliegen eingerichtet
„Morris worm“ ist der erste Virus, der sich über das Internet verbreitet. Der Entwickler wird zu drei Jahren auf Bewährung, 400 Stunden Sozialarbeit und 10.050 US-Dollar Geldstrafe verurteilt.

1989

Um auf Marktanforderungen gemeinsam besser reagieren zu können, schließen sich die KGRZ der Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenverarbeitung in Hessen (AKDH) an.
Der eiserne Vorhang wird durch die erste demokratische Parlamentswahl in Polen, den Abbau der Grenzanlagen in Ungarn und Tschechoslowakei sowie der Öffnung der Berliner Mauer löchrig.

1990

Auch 20 Jahre nach ihrer Gründung können die KGRZ eine positive Bilanz ziehen und prägen die Entwicklung der automatisierten Datenverarbeitung in Hessen maßgeblich mit.
Die Mauer fällt: Die Volkskammer der DDR stimmt für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, woraufhin beide deutsche Staaten in Berlin einen Einigungsvertrag unterzeichnen.

1991

Neue Zeiten – neue Konzepte: Die KGRZ erstellen Bedarfsanalysen für Städte, Gemeinden und Landkreise für den künftigen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie.
Freddie Mercury, britischer Musiker und einer der bedeutendsten Rocksänger sowie Mitbegründer, Komponist und Frontmann der Band „Queen“, stirbt im Alter von 45 Jahren.

1992

In Hessen lösen die KGRZ das Einwohnerwesen „EWO“ durch das Verfahren „EWO-Neu“ ab. Das KGRZ Gießen beteiligt sich an der neugegründe-

ten „KIV Thüringen GmbH“.
Nach 32-jähriger Bauzeit wird der 171 Kilometer lange Main-Donau-Kanal eröffnet.
Außerdem tritt Hans-Dietrich Genscher nach 18 Jahren als Bundesaußenminister zurück.

1993

Die KGRZ stellen sämtliche Verfahren um, da die von der Bundespost neu entwickelten fünfstelligen Postleitzahlen für das wiedervereinigte Deutschland eingeführt werden.

Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft: Aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird die Europäische Union (EU); damit wird auch der europäische Binnenmarkt geschaffen.

1994

Der seit den 80er Jahren anhaltende Siegeszug des PC wird durch sinkende Preise begünstigt. Die KGRZ reagieren darauf und bringen verstärkt dezentrale Anwendungen auf den Markt.

Der zunächst als Internet-Buchhandlung konzipierte und spätere Online-Versandhandel „Amazon“ wird gegründet. Sony bringt die Spielkonsole „PlayStation“ auf den Markt.

1995

Im KGRZ Frankfurt am Main werden mehrjährige Umbau-und Sicherheitsmaßnahmen mit einem Budget von rund 4,7 Millionen Deutsche Mark abgeschlossen.

An Bord einer Sojus-Rakete startet der Astronaut Thomas Reiter zur russischen Raumstation MIR. Er ist der erste deutsche Raumfahrer, der einen Weltraumausstieg unternimmt.

1996

Die Kommunalen Gebietsrechenzentren Starkenburg (Darmstadt), Frankfurt am Main und Gießen schließen sich zur Kommunalen Informationsverarbeitung in Hessen (KIV) zusammen.

Während AEG nach über 113 Jahren Unternehmensgeschichte als einer der weltweit größten Elektrokonzerne im Handelsregister gelöscht wird, geht die Deutsche Telekom an die Börse.

Impulsgeber für Hessen

Die regionale Bedeutung der ekom21

Von Stefan Thomas

Jeder Mensch und jedes Unternehmen hinterlässt ökologische und ökonomische „Fußspuren". Wie bemisst man aber die Bedeutsamkeit und den regionalen Einfluss einer Körperschaft – wie die der ekom21? Welchen wirtschaftlichen Impuls leistet sie, welchen Wert stellt sie für die heimische Entwicklung dar und wie ist es um die Wertschöpfung bestellt?

Spurensuche

Wir haben uns auf Spurensuche begeben und festgestellt, dass sich die wirtschaftliche Geltung von Unternehmen aus ökonomischer Sichtweise unter anderem in den Parametern „Wertschöpfung", „Arbeitsplätze", „Einkommen" und „Steuern" bemessen lässt. Oder anders gesagt: Wie wirkt sich die Existenz der ekom21 selbst auf Wirtschaftsleistung und Wohlstand in den hessischen Regionen aus? Eine Studie der CONOSCOPE GmbH, eines renommierten Marktforschungsunternehmens, hat unsere Recherchen unterstützt. Eine etablierte, wissenschaftliche Methodik gemäß der „Input-Output-Analyse" (einem Verfahren der Wirtschaftsforschung für volkswirtschaftliche Analysen), erweitert um den Einkommensmultiplikator, diente dabei als methodische Basis. Zusätzlich lagen der Untersuchung regionalisierte Input-Output-Tabellen für die Untersuchungsregionen sowie die Berechnung der Steuereffekte unter Berücksichtigung von Steuerhoheiten zu Grunde.

Interne Daten der ekom21 bildeten die Berechnungsgrundlage für bezogene Lieferungen und Leistungen, Löhne und Gehälter der Beschäftigten sowie Zahlungen von Steuern und Abgaben gegliedert nach Regionen und Wirtschaftszweigen. Dabei sind direkte, indirekte und induzierte (also von Einzeldaten ausgehende) Effekte ermittelt worden, deren regionale Zielgrößen innerhalb

- Wertschöpfung
- Arbeitsplätze
- Einkommen
- Steuern und Abgaben

festgemacht wurden. Untersucht wurden die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Hessen, wobei für einzelne Analysen zusätzlich in Nord-, Mittel- und Südhessen unterschieden wurde. Zur genauen Abgrenzung sind hierbei die Zuständig-

Mehrwerte für Hessen, die Regionen und die Bevölkerung

keitsgebiete der hessischen Regierungsbezirke herangezogen worden.

Ergebnisse

Zunächst bleibt festzuhalten, dass die ekom21 nicht nur regional verdient, sondern auch regional investiert. Aktuell liegt die regionale Verteilungswirkung von Ausgaben der ekom21 bei rund 50%. Jeder zweite Euro verbleibt also in der Untersuchungsregion „Hessen“ und löst dort in der regionalen Wirtschaft weitere positive Effekte aus. In Euro ausgedrückt beläuft sich der regionalwirtschaftliche Impuls der ekom21 auf knapp 75 Millionen.

Schauen wir uns die Beschäftigungswirkung der Geschäftstätigkeit der ekom21 an, bekommen wir ein ähnlich positives Bild. Vereinfacht ausgedrückt, sorgt jeder Mitarbeitende der ekom21 mit seiner Tätigkeit dafür, dass in der Region weitere 1,8 Vollzeitkräfte beschäftigt werden. Zu den (zum Zeitpunkt der CONOSCOPE-Studie) 485

ekom21-Arbeitsplätzen kommen also weitere 881 Vollzeitarbeitsplätze in der Region dazu. Der Gesamtbeschäftigungseffekt beläuft sich damit auf rund 1.400 Vollzeitarbeitsplätze.

Etwas schwieriger wird die Berechnung der Wertschöpfung, weil hier die Summe aus direkter, indirekter und induzierter Wertschöpfung berücksichtigt werden muss, um den Beitrag zur regionalen Wirtschaftsleistung zu ermitteln. Kurz zusammengefasst: Jeder Euro Wertschöpfung, der durch die ekom21 erwirtschaftet wird, ist mit weiteren 1,80 Euro Wertschöpfung in der Region verknüpft. Somit gehen insgesamt rund 121 Millionen Euro der in Hessen erbrachten Wirtschaftsleistung auf die Geschäftstätigkeit der ekom21 zurück.

Zudem profitieren die Haushalte der Region von Einkommenseffekten. Die Zahlen belegen, dass rund 75 Millionen Euro an Einkommen in den Regionen Hessens auf die ekom21 zurückzuführen sind. Auf direkter Ebene in Hessen sind dies 33,6 Millionen Euro, wobei über regionale wirtschaftliche Verflechtungen nochmals weitere 41,9 Millionen hinzukommen. Von jedem Euro Einkommen für Mitarbeiter der ekom21 entstehen in der Region weitere 1,30 Euro Einkommen, was einem Einkommensmultiplikator von 1,3 entspricht.

Interessant sind auch die fiskalischen Effekte. Rund 15 Millionen Euro Einnahmen der öffentlichen Haushalte in Hessen gehen auf die ekom21 zurück. Dafür hat die ekom21 insgesamt knapp 21 Millionen an Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand abgeführt. Neben den direkten Steuereffekten können außerdem weitere 10,4 Millionen Euro an induziertem Steueraufkommen (zum Beispiel anteilige Lohnsteuer) in der Region Hessen der Geschäftstätigkeit der ekom21 zugeschrieben werden.

Resümee

Unsere Untersuchungen haben einige imposante Zahlen zu Tage gefördert und auch die CONOSCOPE GmbH hat konstatiert, dass die ekom21 Mehrwerte für Hessen, die Regionen und die Bevölkerung schafft.

Dabei fließt jeder zweite Euro, den die ekom21 verausgabt, in den regionalen Wirtschaftskreislauf Hessens und betätigt sich so als Impulsgeber in allen drei Regierungsbezirken. Mit einer beachtlichen Regionalrendite kann sich die ekom21 mit großen Versorgungsunternehmen und Flughafenbetreibern in Hessen auf eine Stufe stellen. Zudem sichert die ekom21 Arbeitsplätze in Hessen – nicht nur eigene, sondern auch die von Partnern, Lieferanten sowie regionalen Mittel- und Kleinbetrieben.

Davon profitieren alle: Der Arbeitsmarkt, die Kommunen und Mitglieder, die Wirtschaft, der Fiskus und die Haushalte Hessens.

ekom21 hält BSI-Zertifizierung aufrecht

Überwachungsaudit erneut erfolgreich bestanden

Von Sabine Fleischer

Vertrauen in die Informationstechnik kann nur entstehen, wenn auf die Sicherheit der Daten Verlass ist. Um diesen Anspruch erfüllen zu können, hat sich die ekom21 erneut der umfassenden Prüfung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unterzogen.

Denn nur, wenn etablierte Sicherheitsmaßnahmen und -prozesse regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob sie noch wirksam, vollständig, angemessen und aktuell sind, lässt sich der Gesamtzustand der Informationssicherheit objektiv beurteilen.

Besonderheiten

Die aktuelle Situation in Deutschland hinsichtlich des Corona-Virus erforderte in diesem Jahr einige veränderte Arbeitsabläufe. Um den Vorgaben von Bund und Land zu entsprechen und die bestmögliche Sicherheit für alle Beteiligten zu schaffen, fand das BSI-Überwachungsaudit im Rahmen der Zertifizierung nach ISO 27001 auf Basis von IT-Grundschutz vom 27. bis 29. April 2020 per Fernzugriff bzw. Videokonferenz statt.

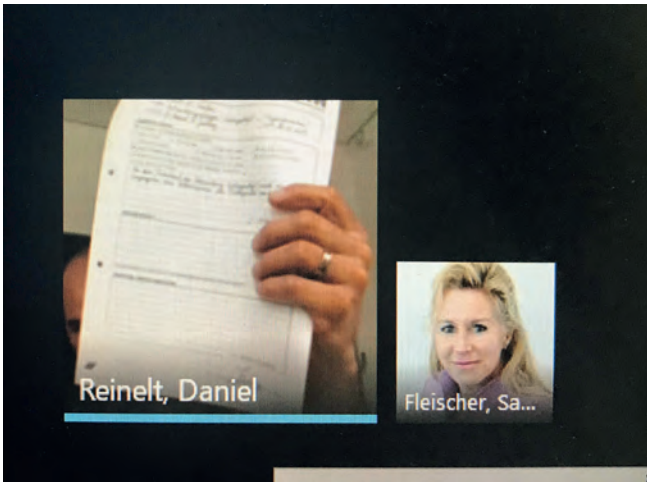
Diese Art des Audits war durchaus mit den bisherigen Vor-Ort-Audits vergleichbar. Die angeforderten Dokumentationen und Nachweise zu technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen konnten – trotz digitaler Durchführung – ohne Einschränkungen umfassend geprüft werden. Die Interviews mit Mitarbeitenden wurden per Videokonferenz standortübergreifend durchgeführt.

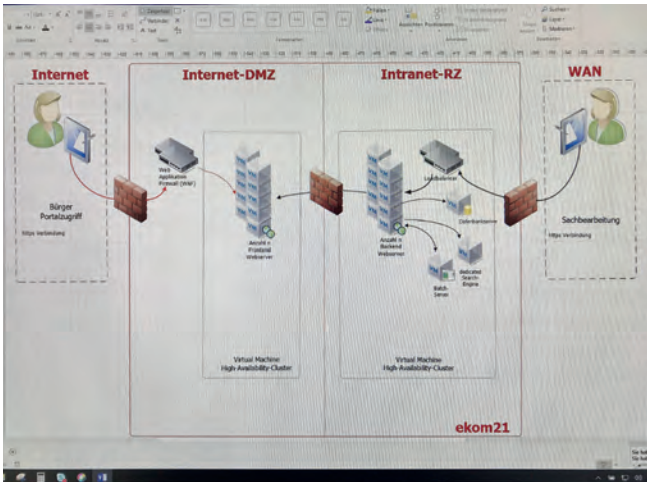
Auch wenn der digitale Prüfungsablauf einige Vorteile mit sich brachte, weil etwa Rüst- und Reisezeiten entfallen sind, so verlangte diese Art der Prüfung von allen Beteiligten ein hohes Maß an Achtsamkeit und Konzentration.

Prüfung und Ergebnis

Der Untersuchungsgegenstand umfasste in Summe die informationstechnischen Anlagen, Prozesse und Lösungen der ekom21 an den Standorten Darmstadt, Gießen und Kassel, die zur Erbringung der ASP-Dienstleistungen erforderlich sind. Aufgrund der durchgeführten Prüfungen wurde im Ergebnis festgestellt, dass der Untersuchungsgegenstand die Anforderungen der ISO 27001-Zertifizierung auf Basis von IT-Grundschutz erfüllt. Damit hält die ekom21 das begehrte BSI-Zertifikat mit einer Gültigkeitsdauer bis zum Jahr 2021 aufrecht.

Dementsprechend positiv äußerte sich der Auditor: „Die ekom21 besitzt weiterhin ein effektives Sicherheitsmanagement, welches für die





Persönliche Sitzungen werden in Corona-Zeiten durch Video-Konferenzen und Screenshots ersetzt

optimale Anwendung der etablierten Prozesse im Tagesgeschäft sorgt. Alle Richtlinien und Handlungsanleitungen werden in den Fachabteilungen im Tagesgeschäft befolgt. Dies wurde in den Interviews nachgewiesen. In allen Interviews wurde der Eindruck vermittelt, dass die aufgestellten Regularien und etablierten Prozesse von den Mitarbeitern als sinnvoll und hilfreich erachtet werden. ... Alle Interviewpartner in den Einzelgesprächen sind auch in diesem Audit fachlich äußerst kompetent aufgetreten. Alle Fragen des Auditors konnten sofort oder zeitnah beantwortet werden. Alle vorgezeigten im Einsatz befindlichen Tools waren sinnvoll eingesetzt. Der Gesamteindruck ist äußerst professionell".

Langer Weg

Im Jahr 2009 wurde zum ersten Mal der ekom21 das ISO 27001-Zertifikat durch das BSI verliehen. Seit dieser Zeit ist sie berechtigt, das anerkannte Siegel durchgängig zu führen. Hierfür wurden drei Re-Zertifizierungen und jährliche Überwachungsaudits erfolgreich absolviert.

Aber auch der IT-Grundschutz hat schon einen langen Weg hinter sich: Seit inzwischen mehr als 25 Jahren beleuchtet das BSI neue Themen und Entwicklungen in der Informationssicherheit und entwickelt mit dem sogenannten Grundschutz-Kompendium praktikable Sicherheitsempfehlungen für Unternehmen.

Die Edition 2020 enthält mittlerweile insgesamt 96 IT-Grundschutz-Bausteine mit jeweils durchschnittlich 20 Anforderungen, die sich nicht nur mit technischen, sondern auch mit infrastrukturellen, organisatorischen sowie personellen Aspekten der IT-Sicherheit befassen.

Wie dynamisch sich die Prüfinhalte des BSI entwickeln, lässt sich durch den Vergleich zur vorherigen Edition auch quantitativ messen: Alleine bei den Anforderungen in den einzelnen thematischen Bausteinen gab es 1.700 Änderungen.

Dazu stehen die Digitalisierungsprojekte von Beginn an im Fokus, um neue Technologien sicher betreiben zu können, die gerade jetzt mehr denn je Anwendung finden.

Auch grundlegende Bereiche, wie Netzsicherheit, werden um Schutzmaßnahmen gegen Cyber-An-

griffe ergänzt und wichtige Themen, wie die Sensibilisierung der Mitarbeitenden zu Sicherheitsfragen, adressiert.

Ausblick

Im kommenden Jahr läuft das bestehende Zertifikat der ekom21 aus, was eine erneute Re-Zertifizierung auf Basis des modernisierten Grundschutzes notwendig macht. Somit erwarten den hessischen IT-Dienstleister tiefgehende Prüfungen, auf die sich bereits jetzt intensiv und fachübergreifend vorbereitet wird.

Bereits im letzten Jahr hat die ekom21 einen ersten Schritt zur Migration auf das neue IT-Grundschutz-Kompendium vorgenommen, indem ei nige Bausteine bereits auf dem neuen Niveau bearbeitet wurden. Ziel in diesem Jahr ist, die Anforderungen der neuen Edition vollständig umzusetzen.

Damit gehört die ekom21 nach wie vor zu den ersten öffentlichen Rechenzentren deutschlandweit, die diesen Standard realisieren.

Bedeutung der Zertifizierung

Die international anerkannte Norm ISO/IEC* 27001 ist ein sicheres Zeichen für vertrauenswürdige IT-Dienstleister (*IEC steht für International Electrotechnical Commission und ist die Bezeichnung für die international publizierte Norm. Normen, die gemeinsam mit der „Internationalen Organisation für Normung“, kurz ISO, entwickelt werden, erhalten daher die Präfixe beider Organisationen.)

Zuständig für die Vergabe des ISO 27001-Zertifikats auf der Basis von IT-Grundschutz in Deutschland ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Das BSI stellt mit seinen strengen Richtlinien mittels der IT-Grundschutzkataloge inzwischen einen De-Facto-Standard für IT-Sicherheit dar.

Das dauerhafte Erreichen der Zertifizierungsziele bedeutet für die ekom21 eine enorme Anstrengung: Seit mehreren Jahren werden bauliche und organisatorische Maßnahmen an allen Standorten durchgeführt, um den steigenden Sicherheitsanforderungen der IT-Infrastrukturen zu entsprechen.

Mit den komplexer werdenden Prozessen und wachsenden Bedrohungen von außen auf sensible Datenbestände steigen auch die Anforderungen an die Ressource „Mensch“: Denn nur durch Wissen und Engagement der Belegschaft können effektive Steuerungsmechanismen vorangetrieben werden, um den höchsten Schutz der Informationen in allen Phasen der Datenverarbeitung zu bieten.

Kompetent an jedem Punkt.

Ihr Login zur Digitalisierung.

Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung. Wir planen und realisieren intelligente Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände. Wir machen aus Digitalisierung Bürgernähe und intelligente Verbindungen, die die Verwaltungsarbeit beschleunigen. Durch unsere einzigartige Bündelung von Leistungen und Services sorgen wir vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit.
Weitere Informationen unter: **www.ekom21.de**

vertrieb@ekom21.de 0641 9830 3999

Mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz

ekom21 unterstützt GOGREEN der Deutschen Post AG

Von Stefan Thomas

Die ekom21 ist der Initiative GOGREEN der Deutschen Post AG beigetreten. Mit diesem konzernweiten Umweltschutzprogramm will das Unternehmen bis 2025 seine CO2-Effizienz um 50 Prozent gegenüber 2007 verbessern, den Ausstoß lokaler Luftschadstoffe bei 70 Prozent seiner Transporte mit sauberen Konzepten (Fahrrad und Elektromobilität) reduzieren und dafür Sorge tragen, dass mehr als 50 Prozent des Umsatzes „grüne Lösungen“ beinhalten.

Grüne Zukunft

Die ekom21 setzt schon seit vielen Jahren auf Umweltschutz und übernimmt mit ihrer „Initiative Grüne Zukunft“ aktiv Verantwortung für Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit. Ein Engagement, das schon früher zu Effekten und Auszeichnungen führte – sei es bei der Energieeinsparung im Rechenzentrum oder bei der Verwendung von klimaneutralem Toner für Drucksysteme.

Nun beteiligt sich die ekom21 bei der GOGREEN-Initiative der Deutschen Post AG, um auch beim Versand ihrer Postsendungen „Flagge zu zeigen“.

Das Prinzip dieses Umweltschutzprogrammes ist recht einfach: Die Treibhausgasemissionen, die beim Versand von Briefen entstehen, werden nach internationalen Standards ermittelt und bilanziert. Die ermittelten Schadstoffe werden dann durch den Erwerb von projektbezogenen Zertifikaten ausgeglichen.

Detaillierte Bilanz

Die Berechnung und der Ausgleich der Treibhausgasemissionen erfolgen auf Basis des Produktstandards „Product Lifecycle Accounting and Reporting“ des Greenhouse Gas Protocols, eines transnationalen Standards zur Bilanzierung von Schadstoffen. Damit deckt GOGREEN das entstandene CO2 und weitere Treibhausgase ebenso ab, wie die Emissionen aus dem Transport und der Bereitstellung von Energie und Kraftstoffen. Die Berechnung und der Ausgleich der Umweltbelastungen werden von einer unabhängigen Prüfgesellschaft verifiziert.

Der Ausgleich erfolgt anhand der Unterstützung von Klimaschutzprojekten in vielen Ländern der Welt, darunter in Zentralamerika, Afrika und Asi-

en. Die Projekte beinhalten Wiederaufforstungen, den Betrieb von Solar-, Deponie- und Biogasanlagen, die Sanierung von Brunnen oder auch den Aufbau von Wasserfilteranlagen.

Nachhaltiger Klimaschutz

Entsprechend des Volumens der ekom21 an versendeten Briefen fließen nun Spenden in Klimaschutzprojekte der Initiative weltweit, die für einen Emissionsausgleich sorgen. Zertifizierte Prozesse und Instrumente sorgen dafür, dass ein nachhaltiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

Dies bedeutet, dass Briefe von nun an klimaneutral über unser Druckzentrum verschickt werden. Ein wichtiges Zeichen, mit dem sich die ekom21 aktiv ihrer Verantwortung stellt – im Sinne unserer Kunden und nachfolgender Generationen.

Bürgermeister im Dialog

Frank Börner, Bürgermeister in Gudensberg

Lokal, international, smart – diese drei zentralen Begriffe stehen für Gudensberg (rund 10.000 Einwohner). Die nordhessische Stadt im Schwalm-Eder-Kreis zieht Neubürger an, digitalisiert ihre Verwaltung planmäßig und vernetzt sich international. e-info21 hat Bürgermeister Frank Börner nach der Erfolgsformel von Gudensberg gefragt – und erfrischend offene Antworten erhalten.

Was würden Sie sagen, was macht Gudensberg aus, was macht es besonders?

Gudensberg besitzt für eine Stadt seiner Größe eine hervorragende Infrastruktur. Es gibt Schulen, ein Hallen- und Naturbad, Gastronomie und Einkaufsmöglichkeiten, ein reges Kultur- und Sportleben, eine Burgruine und wunderschöne Fachwerkhäuser in der Kernstadt und den sechs Stadtteilen. Die Natur ist nahe. Die einmalige Basaltkuppenlandschaft lädt zum Wandern und Radfahren ein. Vor allem viele junge Familien schätzen das Leben auf dem Land und haben in Gudensberg günstig einen Bauplatz erworben. Und auch der direkte Autobahnanschluss zur A 49 und die Nähe zur Stadt Kassel erhöhen die Attraktivität unserer Stadt.

Gudensberg zieht – im Gegensatz zu manch anderer Kommune – viele Neu-Bürger an. Was machen Sie richtig?

Wir gestalten die Stadt kontinuierlich weiter. Sei es im Hinblick auf den Veranstaltungskalender, auf Gewerbeansiedlungen oder das schnelle Internet. Nicht der Stillstand, sondern Wandel und Anpassung machen eine Stadt attraktiv. Dabei müssen aber die bestehenden Schätze gepflegt werden – die Natur, die historische Bausubstanz, aber auch das vielfältige Vereinswesen. Gerne gehen wir auch neue Wege, schaffen Alleinstellungsmerkmale wie die Märchenbühne im Stadtpark, einen musikalischen Wanderweg oder einen Golfpark für Jedermann.

Wie gelingt die Ansiedelung von Gewerbe? Wie lassen sich Standortfaktoren nutzen und verbessern?

Unternehmen benötigen eine Wohlfühlatmosphäre. Betriebe finden in Gudensberg gute und verlässliche Rahmenbedingungen vor. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Rathaus sind kompetent und hilfsbereit, haben immer ein offenes Ohr für Probleme und Wünsche. Schnelligkeit, hohe Flexibilität und wenig Bürokratie wissen Unternehmen sehr zu schätzen. Dafür steht die Gudensberger Kommunalpolitik. Als Bürgermeister bin ich sehr oft vor Ort und stehe mit Rat und Tat zur Seite. Auch Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Hier präsentieren wir uns mit einem überdurchschnittlichen Ange-

bot. In einer Stadt zu arbeiten und zu leben, wo viel los ist, kommt auch bei den Unternehmensangehörigen gut an.

Hat die Attraktivität auch Kehrseiten?

Wir stoßen natürlich auch auf Herausforderungen. Vor zehn Jahren hätte beispielsweise niemand gedacht, dass wir einmal strenge Kriterien für die Vergabe von Bauplätzen entwickeln müssen. Denn in Gudensberg gibt es aktuell nicht genug Bauland und Mietwohnungen. Nur mit Eigenheimen lässt sich der Mangel nicht beheben. Wir benötigen Mietshäuser und Investoren dafür. Mit Geschosswohnungsbau lässt sich zudem die Flächenversieglung begrenzen.

Ein anderes Problem ist die Kinderbetreuung. Damit allen Eltern ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht, erweitern wir jedes Jahr die Kapazitäten. Gerade planen wir den fünften kommunalen Kindergarten. Bis dahin müssen wir aber die Kinder in einem temporären Kindergarten aus Wohncontainern unterbringen. Das funktioniert gut, verursacht aber zusätzliche Kosten.

Welche Bedeutung haben IT und digitale Technologien konkret für Rathaus und Verwaltung in Gudensberg?

Im letzten Jahr wurden zwei wichtige Digitalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung umgesetzt: Die Einführung des digitalen Rechnungsworkflows und die Installation eines CRM-Systems. Beide Systemlösungen werden nicht nur Papier einsparen und damit zur notwendigen Ressourcenschonung beitragen, sondern auch die Arbeitsprozesse effektiver gestalten. Damit kommt die IT durch besseren Service unseren Bürgerinnen und Bürgern direkt zu Gute.

Wo und wie arbeiten Sie mit der ekom21 zusammen?

Mit der ekom21 hat die Stadtverwaltung einen kompetenten und verlässlichen Partner auf mehreren Feldern. Im Finanzwesen nutzen wir das N7-Programm und in der Personalabrechnung „LOGA“. Auch im Bürgerbüro, im Einwohnermeldewesen und im Standesamt kommen ekom21-Produkte zur Anwendung. Nicht zuletzt arbeiten wir auch bei der Hardware-Beschaffung zusammen. Persönlich nutzte ich die ebox21 auf dem Smartphone als Cloudspeicher.

Welche Vorteile hat die Verwaltung durch Digitalisierung, können Sie Beispiele nennen?

Insgesamt arbeiten wir viel effizienter. Ein Beispiel: Durch die neue Dokumentenablage auf dem sicheren Cloudserver in Deutschland haben unsere Verwaltungsexperten Zugriff auf alle für einen Vorgang relevanten Dokumente direkt von ihrem Arbeitsplatzcomputer aus. Im Urlaubs- oder Krankheitsfall muss keine Aktenübergabe erfolgen, weil Akten zentral bereitstehen. Zudem müssen sie nicht mehr ausgedruckt, abgeheftet und in einem Aktenschrank gelagert werden. Auch der Postverkehr ist mittels E-Mail und Anhängen einfacher und schneller geworden. Gerade jetzt in der Corona-Pandemie ist so auch Heimarbeit möglich und Kommunikation ohne unmittelbaren persönlichen Kontakt.

Wie sah die Verwaltung vor zehn Jahren aus? Wie wird sie Ihrer Einschätzung nach in 10 Jahren aussehen?

„Wer nur auf die Vergangenheit oder die Gegenwart blickt, wird die Zukunft verpassen“. Es ist lange her, dass John F. Kennedy diesen Satz

Bürgermeister Frank Börner

sagte. Das Leben verändert sich heute in einer Geschwindigkeit, die revolutionär ist. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Zukunft unserer Stadt – das Rathaus ist ja nur ein Teil davon – nachhaltig gestalten. Und diese Zukunft kann nur digital sein. Die Veränderungen werden alle Bereiche unseres Lebens erfassen. Die digitale Stadt ist das Schlagwort, die sogenannte „Smart City". Smarte Technologien bieten Mehrwert für die kommunale Verwaltung, aber auch für die Wirtschaft und für unsere Bürgerinnen und Bürger. Die öffentliche Verwaltung muss den Weg in die digitale Welt mitgehen. Das wird zu Recht von einem Rathaus der Zukunft erwartet. Berge von Papier und Schränke voller Ordner in unseren Arbeitszimmern werden bald nur noch Vergangenheit sein.

Welche Rolle spielen die Städtepartnerschaften im Leben der Stadt?

Seit 2010 besteht die Städtepartnerschaft mit Jelcz-Laskowice in Polen und seit 2016 mit Schtschyrez in der Ukraine. Beide Städte sind auch untereinander verpartnert, so dass eine Dreier-Allianz besteht. Im Laufe der Jahre haben sich viele Kontakte zwischen den politischen Gremien, den Verwaltungen und den Bürgerschaften und sogar Freundschaften entwickelt. Häufig traten und treten Kulturgruppen in den Partnerstädten auf; Sportvereine und die Freiwilligen Feuerwehren gestalten gemeinsam Training und Wettkämpfe. Die Städtepartnerschaften bereichern das kommunale Leben in allen drei Städten auf vielen Ebenen.

Völkerverständigung – was tun Sie und welchen Effekt hat das?

In Gudensberg leben mittlerweile Menschen aus 65 Ländern der Welt. Der Umgang mit anderen Kulturen wird zur Normalität, und wir lernen diesen auch durch die Städtepartnerschaften.

Unsere ukrainische Partnerstadt unterstützen wir beim Aufbau ihres Gemeinwesens. Das geschieht mit Förderprogrammen des Bundes, aber auch mit viel Unterstützung aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Regionale Banken und die ekom21 haben beispielsweise auf unsere Vermittlung hin EDV-Technik für die Verwaltung, die Schulen und das Kulturhaus in Schtschyrez gespendet.

Als Kommune stellen wir unser Know-how zur Verfügung. Das betrifft vor allem Bauprojekte. Im letzten Jahr haben wir eine Energieberatung für die Gesamtschule in Schtschyrez mit über 550 Schülern vermittelt und organisiert. Das Gebäude aus Sowjetzeiten ist ein riesiger Energiefresser und weist auch bauliche Mängel auf. Der Maßnahmenkatalog des Energieberaters kann zu großen Teilen in Eigenleistung umgesetzt werden. Zu dieser Aufgabe sind sowohl Eltern als auch Lehrer und Stadtverwaltung bereit. Das ist tatkräftiges bürgerliches Engagement – Selbsthilfe, die wir fachlich unterstützen.

Unser größtes gemeinsames Projekt ist die Schaffung einer zentralen Abwasserentsorgung in Schtschyrez als hygienische und ökologische Maßnahme. Dazu wollen wir in diesem Jahr knapp zwei Kilometer Abwassersammler verlegen lassen. Die Mittel stammen zu 90 Prozent vom Bund. Ukrainische Unternehmen planen und bauen. Und unsere Bauabteilung und externe Experten prüfen Planung und Ausführung, weil die Stadtverwaltung Schtschyrez noch keine Erfahrung in der Umsetzung größerer Bauprojekte hat.

Dann werden im Oktober die Stadtverordnetenversammlungen aller drei Städte anlässlich des zehnten Jubiläums unserer polnischen Partnerschaft in Jelcz-Laskowice zum Thema Bürgerhaushalt tagen. Hier wollen wir von den Erfahrungen unserer polnischen Partnerstadt mit dem Instrument „Direkte Bürgerbeteiligung“ lernen. Übrigens: Die Abstimmung über den Bürgerhaushalt erfolgt in Jelcz-Laskowice auf digitalem Weg mittels einer App. Sie sehen, wir profitieren und lernen viel voneinander.

Was entspannt Sie, wenn Sie nicht im Rathaus sind?

Als ehemaliger Nebenerwerbslandwirt bin ich am liebsten in meinem 4.000 m2 großen Garten unterwegs. Einmal richtig schwitzen, das ist besser als jede Büroarbeit!

Herr Börner, herzlichen Dank für das Gespräch.

Das vollständige Interview lesen Sie auf unserer Homepage, unter einfo21 digital.

Online ins Stadthaus

Frankenberg nutzt „civento“

Von Florian Held, Stadt Frankenberg (Eder)

Die Stadt Frankenberg (Eder) macht eine Reihe von Dienstleistungen digital verfügbar. Über die städtische Webseite kann eine wachsende Zahl an Dienstleistungen ab sofort online beantragt und auch direkt bezahlt werden. Dazu gehören aktuell Services im Pass- und Meldewesen, wie auch das Anfordern von Urkunden vom Standesamt, also Geburtsurkunden, Eheurkunden, Sterbeurkunden, etc. Ein Servicekonto ist für die Nutzung der Dienste nicht nötig. Auf der Startseite der Stadt Frankenberg (Eder) unter www.frankenberg.de finden Bürgerinnen und Bürger zunächst unter dem Reiter „Rathaus und Service“ den Link zur Übersicht der digital verfügbaren Dienstleistungen.

Entscheidender Baustein

„Wir haben – neben der allgemeinen Verwaltungsarbeit – die Zeit der Schließung genutzt, um auch die Digitalisierung entscheidend voranzubringen“, gibt Frankenbergs Bürgermeister Rüdiger Heß bekannt. „Die ersten neu integrierten Dienstleistungen stehen Bürgerinnen und Bürgern bereits digital zur Verfügung. Kooperationspartner ist für die Stadt Frankenberg (Eder) hierbei das Kommunale Gebietsrechenzentrum „ekom21“, das als Dienstleister die überwiegende Zahl der hessischen Kommunen beim Einsatz von Fachverfahren und Softwarelösungen unterstützt. Basis für die Digitalisierung bildet hierbei das Softwaremodul civento, das als Schnittstelle zwischen dem Internetbrowser und den Fachverfahren wie z.B. dem Einwohnermelderegister, dem Personenstandsregister oder dem Gewerberegister fungiert. Ein weiterer entscheidender Baustein für viele Services war und ist das ePayment, also die Möglichkeit, Dienstleistungen auch direkt online zu bezahlen. Unter anderem, dank der Unterstützung der Sparkasse Waldeck-Frankenberg, ist das jetzt möglich“, freut sich der Bürgermeister.

Viel Arbeit

„Vom Sofa aus digital zum Standesamt“, so Heß, „Das ist ab sofort Realität. Das ist einerseits bequem, reduziert andererseits gerade aktuell auch die Wege und Kontakte in der Öffentlichkeit. Es ist also gleichzeitig ein Beitrag zur Sicherheit aller“.

Ein Teil der Dienste ist wie bisher kostenpflichtig. Die Anwendungen unterstützen zunächst die gängigen Online-Bezahlmöglichkeiten GiroSolution und PayPal – natürlich unter Einhaltung der nötigen Sicherheitsstandards. Weitere Bezahloptionen wie die Bezahlung mit Kreditkarte sollen später noch ergänzt werden.

Das 2017 veröffentlichte Online-Zugangs-Gesetz, kurz OZG, legt fest, dass alle öffentlichen Ver-

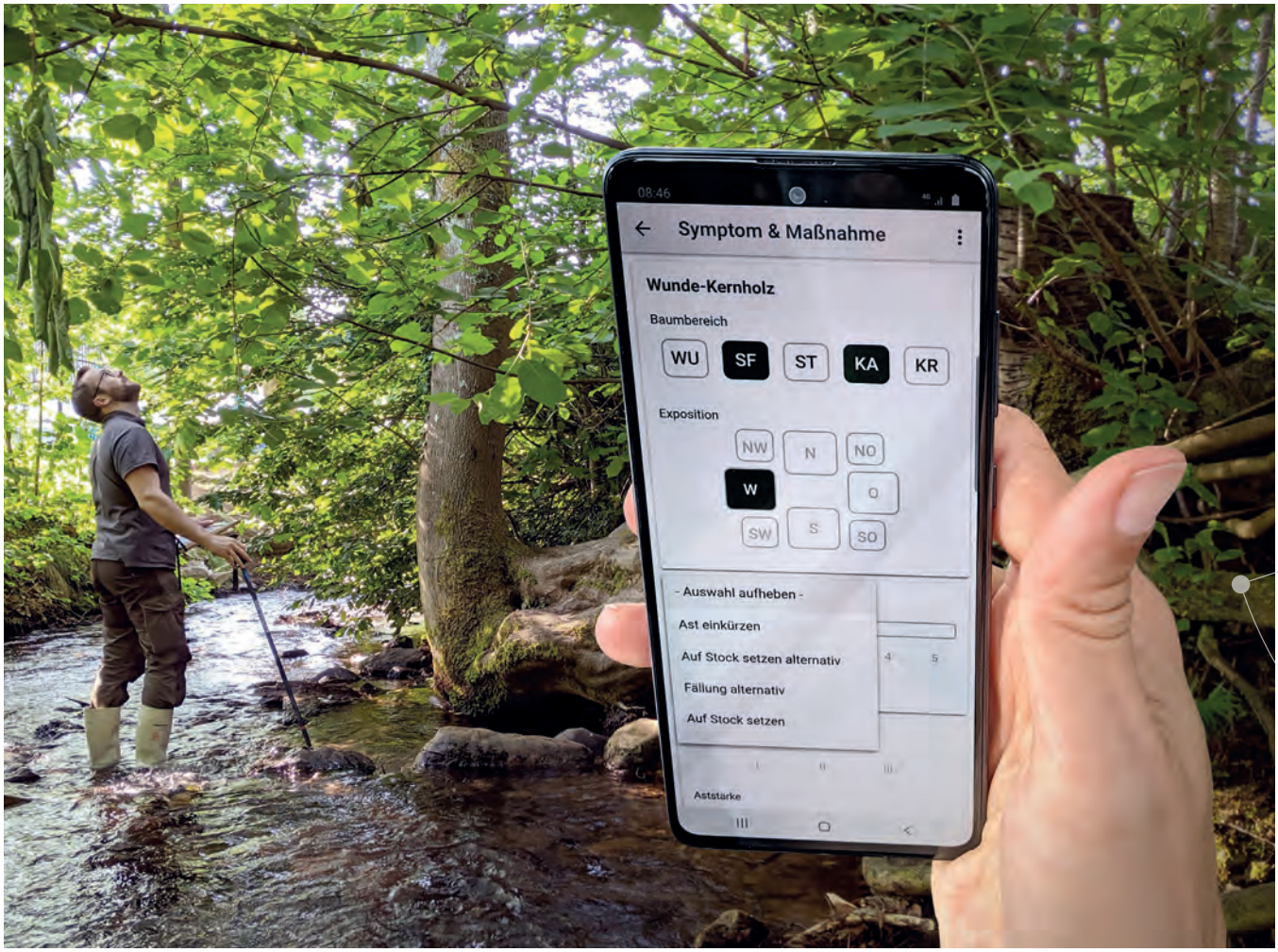
Foto: Stadt Frankenberg (Eder)

waltungsdienstleistungen zukünftig auch online anzubieten sind. Stichtag ist für alle Städte, Bundesländer und den Bund der 31. Dezember 2022.„In den nächsten zweieinhalb Jahren wird entsprechend noch viel Arbeit nötig sein“, ist sich Bürgermeister Heß sicher

„Wir gehen aktuell davon aus, dass von den insgesamt 538 OZG-Dienstleistungen bzw. -prozessen zwischen 150 und 200 für die Stadt Frankenberg relevant sind. Stück für Stück werden wir immer mehr Services online anbieten können“. So sei zum Beispiel voraussichtlich noch 2020 die Platzsuche und Anmeldung für die Kindertagesstätten online realisierbar.

„Sollte es nach unserer erfolgreichen Testphase im Realbetrieb an der einen oder anderen Stelle haken, freuen wir uns über eine entsprechende Rückmeldung“, bittet Heß um Unterstützung bei Bürgerinnen und Bürgern. „Am besten natürlich direkt über das digitale Kontaktformular. Dort können bei Bedarf auch direkt Dokumente sicher hochgeladen werden“.

Schon vor der Corona-Krise waren einige der kommunalen Dienstleistungen in Frankenberg online abrufbar. So können Bürgerinnen und Bürger ihre Sperrmüllanmeldung über die Webseite abwickeln, den Online-Abfallkalender nutzen oder vor Wahlen mit wenigen Klicks ihren Internetwahlschein beantragen. Auch die Stadtbücherei ist mit der Onleihe und dem von überall abrufbaren OPAC-Katalog auf der Höhe der Zeit.



Mobiler BaumManager

Professionelle Baumkontrolle via Smartphone und Tablet

Von Michael Schober, Softplan Informatik GmbH

Bäumen kommen vielfältige Funktionen zu. Die extremen Verhältnisse urbaner Standorte und die sich zunehmend verändernde Umwelt beanspruchen sie jedoch sehr, so dass durch ein Umstürzen oder abbrechende Äste Gefahren entstehen können. Baumeigentümer sind daher verpflichtet, mit geeigneten Maßnahmen die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Regelwerke

Die „Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V." (FLL) hat mit ihrer „Richtlinie für Baumkontrollen zur Überprüfung der Verkehrssicherheit" ein Regelwerk erarbeitet, mit dem Risiken an Bäumen frühzeitig erkannt und minimiert werden sollen. Daneben entstand die sogenannte VTA-Methode von Prof. Dr.

Claus Mattheck, die in dem weltweit publizierten Fachbuch „Die Körpersprache der Bäume: Enzyklopädie des Visual Tree Assessment“ zusammengefasst wurde und gleichfalls häufig Anwendung findet.

Im Laufe der Zeit sind zahlreiche Softwarelösungen entwickelt worden, welche die rechtssichere Dokumentation von Baumkontrollen unterstützen. Im Bereich mobiler Lösungen ist das Angebot bisher jedoch noch sehr gering und es gibt nur wenige, vorwiegend sehr spezialisierte Anwendungen, die meist nur mit Zusatzprogrammen der gleichen Hersteller nutzbar sind. An dieser Stelle setzt die neue App „BaumManager“ an.

Herausforderung

Anstoß für die Entwicklung gab das Gartenbau-Sachverständigenbüro Zorn aus Usingen, das sich seit 1987 mit Baumkontrollen im kommunalen Bereich beschäftigt. „Ausgangspunkt war der Wunsch, unsere bestehenden Werkzeuge zu modernisieren und die Mitarbeiter mit einer zeitgemäßen, intelligenten Lösung für die digitale Datenerfassung auszustatten. Gleichzeitig wollten wir aber nicht auf unsere etablierte Datenbank und daran angeschlossene Workflows verzichten“, so Matthias Zorn, öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Gartenbau und Inhaber des Sachverständigenbüros Zorn. „Die bisher verfügbaren Softwarelösungen kamen aufgrund fehlender Kompatibilität deshalb nicht in Frage“, so Zorn weiter. Das wesentliche Ziel der zu entwickelnden App war es, eine systemübergreifende und einfach zu integrierende Lösung für die Kontrolle und Verwaltung von Baumbeständen anzubieten.

Synergien

Unabhängig davon, ob ein Anwender Bäume erstmals erfasst, neu mit dem Thema Baumkontrolle beginnt oder auf bereits bestehende Software-Strukturen zurückgreift – der BaumManager ermöglicht als Bedienoberfläche eine zeitgemäße und effiziente Datenerfassung für alle.

„Die Synergien aus dem fachliche Knowhow erfahrener Baumexperten sowie moderner Softwareentwicklung unseres Entwicklerteams bilden die Grundlage, auf dem die neue App zur mobilen Baumkontrolle entstand“, unterstreicht Jörg Tieben, Geschäftsführer der Softplan Informatik GmbH aus Wettenberg die Zusammenarbeit.

Der Fokus der „BaumManager“-App liegt darauf, die Digitalisierung von Baumkontrollen deutlich zu vereinfachen und Betrieben, Dienstleistern oder Verwaltungen die tägliche Arbeit zu erleichtern. Die einfache Nutzung der App durch eine übersichtliche, innovative Bedienoberfläche sowie die mit der Weiterverwendung bestehender Daten einhergehende Kosteneinsparung machen die Nutzung zusätzlich attraktiv.

Die App hebt sich durch die Vielseitigkeit ihrer Einsatzmöglichkeiten deutlich von anderen Lösungen ab. Alle gängigen Betriebssysteme werden unterstützt, die App ist sowohl online als auch offline nutzbar und kann Daten mit bestehenden Systemen über die offene XML- und ASCII-Schnittstelle austauschen. Diese Offenheit und Vielseitigkeit sind gerade im komplexen Kommunalbereich entscheidend. Abgerundet wird das Konzept durch intelligente Detaillösungen, die die heutigen Möglichkeiten moderner Endgeräte, wie zum Beispiel die Standortbestimmung, Foto, Kompass oder Messfunktion, auf hohem Niveau einbeziehen.

Highlights

Der BaumManager bietet mit seinen umfangreichen Funktionen und der einfachen Anwendung viele Mehrwerte für Kontrolleur und Kommune.

- Reibungslose Verbindung zwischen Baumkontrolle und Baumpflege. Die App wird als gemeinsame Plattform für Dateneingabe und Informationsaustausch genutzt.

- Bedienerfreundlichkeit und Handhabung. Das zeitgemäße, übersichtliche Design sowie innovative Lösungen sorgen für eine einfache Bedienung.

- Software-Kompatibilität. Die App kann sowohl als stand-alone-Lösung als auch als add-on für die Datenerfassung eingesetzt werden.

- Flexibilität in der Benutzung. Das Design wurde bewusst so konzipiert, dass die App neben einem Tablet auch auf jedem modernen Smartphone verwendet werden kann.

- Methoden-Kompatibilität. Umfangreiche Einstellungen ermöglichen, sich den unterschiedlichen kommunalen Regelwerken und Vorgaben flexibel anzupassen.

Neben diesen zentralen Punkten wurden von den Entwicklern viele weitere Details bedacht, um den Workflow für die Erfassung und regelmäßige Baumkontrollen zu optimieren. Entstanden ist eine mobile Lösung, die allen Beteiligten gerecht wird.

Die Erfassung des Baumbestands erfolgt über wenige Fingertipps auf dem Display, wobei via GPS automatisch die Ortskoordinaten für die Positionsbestimmung geliefert werden. Die integrierte Kartendarstellung bietet eine oftmals unerlässliche Hilfe bei der Orientierung im Baumbestand und vor allem, für das spätere Wiederauffinden der Bäume durch ausführende Pflegefirmen. Die Eingabemasken lassen sich

durch eine kontrastreiche Farbgebung auch bei schwierigen Lichtverhältnissen gut ablesen. Intelligente Auswahllisten und automatisch gesetzte Standardinformationen erleichtern die Datenerfassung, wobei wahlweise wissenschaftliche oder deutsche Baumnamen angezeigt werden. Zu jedem Baum können beliebige Dokumente, Notizen und Fotos hinterlegt werden. Das Übertragen der erfassten Baumdaten in die jeweilige Verwaltungssoftware erfolgt zeitaktuell via WLAN oder durch manuelle Synchronisierung. Eine klare Benutzerführung sorgt zudem jederzeit für den nötigen Überblick und das schnelle Auffinden der gerade benötigten Information.

Komfortabel

„‘Mobil‘ bekommt mit der App für uns eine ganz neue Bedeutung“, sagt Dr. Benjamin Schulz, fachlicher Koordinator im Büro Zorn. „Bisher war man oft mit großen Aufnahmebögen und dicken Papierstapeln unterwegs und hatte keine Hände mehr frei, um sich am Hang oder im Bach abzusichern. Jetzt steckt man das Smartphone einfach in die Tasche und kann sich vollkommen frei auch im schwierigen Gelände fortbewegen. Zudem entfällt dank der modernen „all-in-one“ Lösung das Mitführen von Kamera, Kompass und Kartenmaterial“.

Mit dem BaumManager steht nicht nur ausführenden Akteuren ein modernes Werkzeug zur vollständigen Dokumentation, Kontrolle und Verwaltung von Baumbestandsdaten zur Verfügung, auch den Kommunen und anderen Auftraggebern bietet die App viele nützliche Vorteile. Neben einem schnellen Überblick des eigenen Baumbestandes und des aktuellen Fortschritts der Maßnahmen, werden durch die optimierten Arbeitsprozesse und die verbesserte Kommunikation vor allem Prozesskosten gesenkt. Weiterhin können dringende Informationen in „realtime“ sofort an den Kunden oder ins eigene Büro weitergeleitet werden. Alle Informationen werden rechtssicher verwaltet und über die integrierte Benutzerverwaltung sicher gespeichert. Für Kommunen eröffnet sich zudem die Möglichkeit, ihren Bürgerinnen und Bürgern den Baumdatenbestand im eigenen Bürgerportal aktuell und online zu präsentieren.

Ein entscheidender Pluspunkt ist schließlich die wahlweise Unterstützung beider großer Verfahren: Der Kontrolle nach FLL sowie der mit der VTA-Methode. Beide sind in der App vollständig abgedeckt. Anwender können somit frei wählen, nach welcher Richtlinie und welchen Details die Aufnahmen dokumentiert werden sollen.

Weitere Informationen erhalten Sie von der Softplan Informatik GmbH,

eMail: info@softplan-informatik de

Die Zukunft der Verwaltung

Redaktion und Gestaltung
Stefan Thomas
ekom21 – KGRZ Hessen | Geschäftsstelle Darmstadt
Robert-Bosch-Straße 13 | 64293 Darmstadt
eMail: redaktion@ekom21.de

Bildnachweis
ekom21, Stefan Thomas, Lisa Laibach,
pexels.com, HMdIS, Main-Taunus-Kreis,
Stadt Hofheim am Taunus, Sabine Fleischer,
Stadt Gudensberg, Stadt Frankenberg (Eder),
Softplan Informatik, stock.adobe.com

Layout und Druck
DRACH Print Media GmbH
Donnersbergring 22 | 64295 Darmstadt

Auflage
2.800 Exemplare (2020)

Anschriften
Sitz Gießen
Carlo-Mierendorff-Straße 11 | 35398 Gießen
Telefon: 0641 9830 0 | Fax: 0641 9830 2020

Geschäftsstelle Darmstadt
Robert-Bosch-Straße 13 | 64293 Darmstadt
Telefon: 06151 704 0 | Fax: 06151 704 2030

Geschäftsstelle Kassel
Knorrstraße 30 | 34134 Kassel
Telefon: 0561 204 0 | Fax: 0561 204 2010

Hinweis
e-info21 erscheint vierteljährlich und dient ausschließlich der Information. Gewährleistungsansprüche sind ausgeschlossen. Nahezu alle Produktbezeichnungen, die in dieser Publikation erwähnt werden, sind gleichzeitig eingetragene Warenzeichen und sollten als solche betrachtet werden.
Abdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.
e-info21 wird ausschließlich aus umweltfreundlichen Materialien hergestellt. Dazu gehören die Verwendung von 50% Altpapier, 50% chlorfreiem Zellstoff und mineralölfreie Druckfarbe.

e-info21

ekom21 – KGRZ Hessen
Sitz Gießen:
Carlo-Mierendorff-Straße 11
35398 Gießen
www.ekom21.de